



## Berner Politik

# Produzierende Landwirtschaft stärken

**Magdalena Martullo-Blocher\*** über die Ernährungssicherheit



Die Schweiz wächst und wächst. Es braucht immer mehr Verbauungen und Boden für die Landwirtschaft geht verloren. Während die Bevölkerung in den letzten 20 Jahren um 20 Prozent wuchs, nahm die landwirtschaftliche Nutzfläche um drei Prozent ab. Pro Bewohner steht so immer weniger Agrarland zur Verfügung.

Dabei ist die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln sogar gesetzlich vorgeschrieben. Der Bund verpflichtet die Kantone, einen Mindestumfang an Fruchtfolgeflächen, dem ergiebigsten Ackerland, auszuscheiden. So sieht der Sachplan aus dem Jahr 2020 438 460 Hektaren Fruchtfolgeflächen vor, was rund einem Zehntel der gesamten Landesfläche entspricht. Das Problem: Als Basis liegt dem Sachplan eine Schweizer Wohnbevölkerung von maximal acht Millionen zugrunde. Bekanntlich zählt die Schweiz aktuell aber bereits über neun Millionen Einwohner. Die Nahrungsmittelflächen müssten also entsprechend erweitert

werden. Der Kampf um den Boden hat aber schon lange begonnen: Zusätzliche Wohnbauten, Infrastruktur, neue Energieanlagen, aber auch Vorstösse wie die Biodiversitätsinitiative heizen den Verteilungskampf weiter an.

Bäuerinnen und Bauern sollen auf immer weniger Fläche für immer mehr Leute produzieren. Dies bei höheren Kosten für Energie und Düngemittel. Während die Löhne generell erhöht wurden, sank der Verdienst der Bauernfamilien 2022 um über sechs Prozent. Viele Betriebe leben heute bereits von der Substanz, können die oftmals gesetzlich vorgeschriebenen Investitionen nicht mehr tätigen und sind sogar zur Betriebsaufgabe gezwungen. Die Ernährungssicherheit ist zunehmend gefährdet! Inzwischen kann noch knapp die Hälfte unserer Lebensmittel im Inland produziert werden, Tendenz sinkend.

Es braucht wieder eine Stärkung der Schweizer Landwirtschaft! Denn ein Blick ins Ausland zeigt, dass wir uns auf unsere Nachbarn nicht verlassen können. In Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien und weiteren EU-Staaten befinden sich die Bauern bereits dauerhaft im Protestaufstand. Sie protestieren gegen die in der EU überbordende Vorschriftenflut, insbesondere im Zusammenhang mit dem Green Deal. Tierhaltung ist wegen CO<sub>2</sub>-Ausstoss verpönt und soll reduziert werden,

dafür sollen die Bauern nun mehr Früchte, Gemüse oder Nischenprodukte wie Nüsse produzieren. Die Erträge sinken, die Investitionen steigen. Die Bauern können die Kosten nicht stemmen und auch die Konsumenten wollen sie nicht tragen.

Die EU ist in ihrem Bestreben, «vom Hof bis auf den Tisch» alles zu regeln, bereits grandios gescheitert. Es ist nicht verwunderlich, dass sich Europas Landwirte gegen das Diktat aus Brüssel wehren. Die Betriebe in den Mitgliedstaaten unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Grösse und ihren landwirtschaftlichen Produkten stark. Doch die Gleichmacherei der EU nimmt keine Rücksicht auf die jeweiligen Bedürfnisse. Sie hält an ihrem ideologischen Plan, die ganze Bevölkerung umzuerziehen, fest. Den Preis für die «klimaneutrale Landwirtschaft» zahlen die Bäuerinnen und Bauern.

Mit dem neuen EU-Paketvertrag droht uns allen dasselbe Schicksal. Im neu enthaltenen Lebensmittelsicherheitsabkommen soll die Schweiz laut Bundesrat ausdrücklich «vom Acker bis auf den Teller» das aktuelle und zukünftige EU-Recht übernehmen müssen. So eine Zukunft können wir doch nicht ernsthaft wollen!

\* Magdalena Martullo ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.